

50 Protestler trafen sich in der Alsenstraße – Aufruf, Parteien vor der Bundestagswahl genau zu prüfen

Demo fürs Klima und gegen die Autobahn



Immer mit dabei: Ausbauegner. (Ralf Krieger)

○

VON RALF KRIEGER

An einem Doppelhaus an der Alsenstraße zeigt sich im Kleinen beispielhaft, welche Folgen der Autobahnausbau für die Stadt Leverkusen haben wird: Verlust von Stadt- und Lebensraum zugunsten der bisher üblichen Verkehrspolitik. Das halbe Haus soll abgebrochen werden, weil es der Autobahnverbreiterung im Wege steht. Auch Klimaschützer haben etwas gegen immer größere Autobahnen, deshalb trafen sich die „Parents for Future“ am Samstag zur Demonstration auf der Alsenstraße. Die erwachsenen „Parents“ widmen sich im Gegensatz zu den eher eingeschlafenen Protesten der Jugendlichen „Fridays for Future“ regelmäßig weiter dem Thema Klima und sie ziehen eine lokal bedeutsame Verbindung zwischen Verkehrspolitik und Klimaschutz. In Leverkusen ist das naheliegend, denn Befürworter des Ausbaus zweier überregionaler Autobahnen fordern von den Bewohnern dieser Stadt die vielleicht größten Opfer zugunsten der Autoverkehrs europaweit. Der Ausbau begünstigt den Autoverkehr und verursacht zusätzliche CO₂-Verschmutzung. Demzufolge mischten sich am Samstag auch Anwohner der Autobahn 3 unter die etwa 50 Demonstranten. Die zogen entlang der kurzen Alsenstraße; ein Mann absolvierte den Weg sogar mit dem Rollator. Die Kurzdemo

endete am Doppelhaus Alsenstraße 19, dessen eine Hälfte schon von der Gesellschaft „Die Autobahn GmbH“ gekauft wurde. Es steht leer, der Garten ist abgesperrt und die Abbruchgenehmigung wurde beantragt. Auf Weisung vom Stadtrat legt sich die Leverkusener Bauverwaltung allerdings zur Zeit quer und verweigert die Herausgabe von Vermessungsdaten an die Autobahn-GmbH (wir berichteten).

Auch wenn der Versuch der Verwaltung vom Ergebnis her vielleicht zwecklos ist, für die Demonstranten, Anwohner und Ausbaugegner ist er keineswegs sinnlos: „Der Ausbau lässt sich immer noch verhindern“, so das optimistische Fazit der Organisatorin Kirsten Pröbldorf, die die Teilnehmer auch aufrief, bei der Bundestagswahl die Festlegung der Parteien und Kandidaten zur Verkehrsfrage genau zu prüfen.